

# Behörden Spiegel newsletter

Netzwerk Sicherheit



7. Europäischer Bevölkerungs- und  
Katastrophenschutzkongress



2011: Bevölkerungsschutz 2.0 –  
Interaktion von Mensch und Technik

28.-29. September 2011  
Stadthalle Bonn Bad Godesberg

[www.disaster-management.eu](http://www.disaster-management.eu)

Nr. 353 Berlin und Bonn

08. August 2011

ISSN 1867-2000

## In eigener Sache August-Ausgabe erschienen



### 60 Jahre Bundespolizei

(BS) Ein Schwerpunkt der August-Ausgabe des Behörden Spiegel widmet sich dem 60-jährigen Bestehen der Bundespolizei, dem früheren Bundesgrenzschutz (BGS). Bundespolizeipräsident Matthias Seeger blickt in Geschichte und Zukunft seiner "Familie":

**Jeden Dienstag: Hände schütteln S. 40**  
Matthias Seeger zu 60 Jahren Bundespolizei

### Inhalt/Themen



Norwegen vs. Deutschland .....	2
Polizeiliche Spezialeinheiten .....	3
Europas Kampf gegen Einzeltäter .....	4
Konsequenz aus Winnenden .....	6

## Der "Einsame Wolf-Terrorismus" - ein Täter, 77 Tote, viele Fragen



### Themenschwerpunkt: Oslo und seine Folgen

(BS) Zwar ist seit Jahren bei den Qualitätszeitungen wie Frankfurter Allgemeine oder Süddeutsche eine politische Renaissance des Feuilletons zu registrieren. Da werden schon mal geistreiche Abhandlungen selbst zu weltökonomischen Themen ins Feuilleton platziert.

Doch zur Erklärung und Berichterstattung aktueller Ereignisse dienen nach wie vor der Korrespondentenbericht und der Kommentar. Es liegt sicherlich an der Unfassbarkeit und auch an der bei Nachrichtenredaktionen und Kommentatoren ergebnislosen Suche nach Erklärungen, dass der Schrecken von Oslo nun seine Erörterung im deutschen Feuilleton gefunden hat. Selten hat ein Kriminalfall über Tage die "geistigen Sei-

ten" der Blätter gefüllt. Fakten gibt es auch kaum, was allerdings die Wochenmagazine nicht davon abhielt lange "Stücke" als Analysen und Reportagen zu bringen, die nichts Neues enthielten. "Einsame Terror-Wölfe" sind wie Romanfiguren, es kann nicht nur, es muss um sie herum gedichtet werden.

Trotz alledem ist es höchste Zeit auch sachlich, polizeitaktisch und vergleichend die Ereignisse zu erörtern.

Hätten die Anschläge verhindert werden können? Warum war die Polizei erst so spät am Einsatzort?

Sowohl den Attentaten als auch den Fragen rund um die Taten widmet sich der Newsletter Netzwerk Sicherheit in dieser Ausgabe mit einem Schwerpunkt.

## Norwegen vs. Deutschland

(BS) Das überschwängliche Lob auf die Besonnenheit der Norweger nach dem Massaker auf der Insel Utøya darf so stehen bleiben. Bei dem 11 Millionen Volk in Nordeuropa war aber das Thema Innere Sicherheit weder politisch noch polizeiorganisatorisch gut aufgehoben.

Deswegen ist das Bekenntnis der norwegischen Regierung, der Öffentlichkeit und auch des Königshauses zu noch mehr Liberalität und Offenheit auch ein Bekenntnis nationaler Leidensolidarität, aber vor allem das Vermeiden der Erkenntnis nicht genug für die Innere Sicherheit gewappnet gewesen zu sein: finanziell, materiell und auch personell.

Wie wäre anders zu erklären, dass ein einziger Hubschrauber zum Transport der Anti-Terroreinheit zur Verfügung stand, der dann aber nicht betriebsfähig war. Statt-

dessen kreiste aber ein privater Pressehubschrauber über der Insel, als der Täter noch aktiv war.

Die Presse kann man kritisieren, wie es derzeit in Norwegen passiert, doch entschuldigt es doch keinesfalls die nicht ausreichende Vorsorge der norwegischen Verantwortlichen für eine solche oder ähnliche Krisensituation.

Die norwegischen Sicherheitsbehörden sahen auch deswegen nicht gut aus, weil sie sich durch den Anschlag im Regierungsviertel hatten derart ablenken lassen, dass sie Zeit brauchten, um das Massaker auf der Insel als Haupteinsatzort zu begreifen.

Die nun vehement vorgetragene Liberalität und Offenheit sollte nicht uminterpretiert werden – wie dies hierzulande derzeit gern getan wird – in eine Stärke bei der Bekämpfung von Radikalismus und Terror-

ismus. Es bleibt den Norwegern derzeit gar nichts anderes übrig, als ihre eigene Situation, nämlich die der nicht alles ermöglichenden Vorbereitung und Ausrüstung für solche Fälle, mit einer politischen Offensive zu mehr Liberalität und Gelassenheit zu begegnen. Wer hierzulande ernsthaft glaubt Gleiches tun zu müssen, tappt in die norwegische Falle. Dort hatte man nicht alles Menschenmögliche getan, um vorbereitet zu sein. Das ist in Deutschland zum Glück anders. Von daher sollte sich die Begeisterung über die norwegische Gelassenheit in Grenzen halten. Es ist eine stille Katharsis.

Norwegen ist also gerade kein Beispiel für Europa. Rechtsschutz und Liberalität sind auch in Deutschland gesetzlich geregelt. Versäumnisse der Sicherheitsbehörden allerdings nicht inklusive!

**R. Uwe Proll**

### 15. Europäischer Polizeikongress



## Vernetzte Sicherheit: Terrorismus Homegrown – International – Cyber

14. – 15. Februar 2012

Berliner Congress Center (bcc)

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an  
Martin Jung unter [martin.jung@behoerdenspiegel.de](mailto:martin.jung@behoerdenspiegel.de) oder  
besuchen Sie uns im Internet unter [www.european-police.eu](http://www.european-police.eu).

## Norwegen, 22. und 23. Juli 2011: Chronologie der Ereignisse

(BS) **15:30 Uhr:** Explosion im Regierungsviertel der norwegischen Hauptstadt Oslo. Acht Menschen sterben, weitere werden verletzt.

**16:30:** Weite Teile der Osloer Innenstadt sind durch die Polizei abgesperrt worden.

**16:50:** Die Explosion rührte von einer Autobombe her. Die Polizei fürchtet weitere Bomben.

**Gegen 17:00:** Ein bewaffneter Mann in Polizeiuniform erreicht die Insel Utøya.

**17:27:** Offizieller Eingang des Notrufes an

die norwegische Polizei.

**17:38:** Die Einheit Delta bricht von Oslo aus mit dem Auto nach Utøya auf. Ein Hubschrauber ist nicht unmittelbar einsatzbereit.

**18:09:** Sondereinheit trifft an der Fährstelle ein.

**18:25:** Die Polizei betritt die Insel.

**Gegen 18:30:** Der keinen Widerstand leistende Attentäter Breivik wird von der Polizei gestellt und festgenommen.

**19:54:** Die Polizei äußert den Verdacht

eines Zusammenhangs zwischen den Anschlägen in Oslo und Utøya.

**21:00:** Ermittlungen bestätigen, dass beide Anschläge von einem Täter durchgeführt wurden.

**04:04:** Die Opferzahl auf Utøya wird von zunächst 10 auf mindestens 80 nach oben korrigiert.

**16:02:** Die Opferzahlen werden auf 92 nach oben korrigiert.

**18:25:** Nach Angaben der Polizei hat Breivik ein Geständnis der Tat abgelegt.

## Polizeiliche Spezialeinheiten im Vergleich

(BS) Die meisten Länder verfügen über polizeiliche Spezialeinheiten oder spezielle Einsatzkommandos, die vor allem für die Geiselnbefreiung oder zur Terror-Abwehr eingesetzt werden.

Die Beredskapstroppen mit dem Rufzeichen Delta sind eine Spezialeinheit der norwegischen Polizei mit Sitz in Oslo. Die Einheit ist auf Geiselnbefreiung, riskante Festnahmen und Terrorabwehr spezialisiert und sowohl im In- als auch im Ausland tätig.

Die Spezialeinheit wurde 1976 gegründet und besteht aus 71 Personen. Diese verwenden Scharfschützengewehre, Sturmgewehre sowie zusätzliche Schutzausrüstung.

Vor allem bei dem Osloer Attentat und den Ereignissen auf der Insel Utøya zeigten sich einige Schwierigkeiten bei der Einheit. Diese verwendet zwar einen Helikopter, der aber zur Zeit der Attentate wegen Wartungsarbeiten nicht zur Verfügung stand. Zudem ist dieser aber auch außerhalb der Hauptstadt Oslo stationiert. Auch bei der Überfahrt auf die Insel Utøya ergaben sich Schwierigkeiten. So sank eines der verwendeten Boote beinahe unter der Last der Spezialausrüstung der Einheit Delta. Schon mehrfach war im Vorfeld auf die mangelnde Transportmöglichkeit der Einheit aufmerksam gemacht worden.

Im Vergleich dazu verfügt die Bundesrepublik Deutschland über die aus rund 300 Personen bestehende GSG 9 der Bundespolizei. Diese Anti-Terror-Einheit wurde



Die deutsche GSG 9.

Foto: BS/Bundespolizei

infolge der Anschläge auf die israelische Olympia-Mannschaft 1972 gegründet. Vorbilder hierfür waren ähnliche Einheiten in Israel, Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Sie ist an 360 Tage im Jahr rund um die Uhr in der Lage innerhalb kurzer Zeit an jedem Ort der Republik einzugreifen. Daneben verfügt Deutschland auch auf Landesebene über Mobile Einsatzkommandos (MEKs) und Spezialeinsatzkommandos (SEKs).

Jedes Bundesland verfügt über mindes-

tens eine SEK, angegliedert zumeist an die Schutz- oder Bereitschaftspolizei. Die MEKs, die auch in jedem Bundesland eingerichtet sind, gliedern sich dagegen der Kriminalpolizei an.

In Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind die SEKs in mehreren größeren Städten eingerichtet, in Bayern und Hessen zwei Einheiten existieren die jeweils für die Nord- und Südhälfte des Landes zuständig sind. Andere Länder haben hingegen ein SEK zentral eingerichtet.

## Anders Behring Breivik: Zuordnung beliebig

(BS) Manchmal bleibt ja auch wirklich keine Zeit zum Nachdenken, da muss Politik auch mit Blick auf den Redaktionsschluss der Medien reagieren. So geschah es auch mit der Verortung des Massenmörders Anders Breivik. Was lag näher, als ihn in die rechtsextremistische Szene, zu der er ja offensichtlich auch Kontakt hatte, zu stecken. Aber er beabsichtigte mit seiner Tat ja nicht Ausländer oder radikale Islamisten zu treffen, sondern gerade jene, die deren Tun und Ausbreitung aus seiner Sicht erlauben.

Der SPD-Vorsitzende Siegmund Gabriel fand sogar bei den Rechtspopulisten den geistigen Nährboden, die einen wie Breivik auf die Schiene gesetzt hätten. Auch zahlreiche Medien stürzten sich auf dieses Muster vor allem in Ermangelung anderer rationaler oder politischer Erklärungen.

Eine interessante Antwort hierauf fand "Die Presse", Wiens konservative Tageszeitung: "Dass sie jetzt politischen Profit daraus schlagen wollen, dass ein Verrückter sich des Vokabulars der Empörten bedient, ist moralisch fragwürdig. Vor allem aber ist es politisch dumm. Man kann nicht Menschen, die man verloren hat, weil sie das Gefühl haben, Opfer zu sein, dadurch zurückgewinnen, dass man dieses Gefühl durch Schuldzuweisungen verstärkt."

Statt einer klaren politischen Lagerverortung scheint bei näherer Betrachtung Breivik in seiner extrem nazistischen Grundveranlagung selbst von islamistischen wie

auch links-terroristischen Attentätern Muster übernommen zu haben, sozusagen ein Konglomerat, ein motivationaler Gemischtwarenladen. Die westeuropäischen Linksterroristen der 70er und 80er Jahre, vorneweg die Rote Armee Fraktion (RAF) in Deutschland, begriffen ihre tödlichen Anschläge, bei denen auch schon mal nicht nur die Repräsentanten des politischen Systems, sondern zahlreiche Unbeteiligte als Opfer einkalkuliert wurden, als Fanal. Dies wollte auch Breivik. Seine Tat sollte die europäische Revolution auslösen, das Attentat als Initial einer Revolution.

Breiviks Gefühlswelt verbindet ihn aber eher mit der islamistischen Szene, insbesondere mit den deutschen Konvertiten. Gefallen könnte der Attentäter daran finden, wenn in Frankfurt am Main bei einer Manifestation die Salafisten Frauen und Männer getrennt in Zuhörerbereiche einteilen.

Der norwegische Attentäter hatte ein extrem krudes Verhältnis zum anderen Geschlecht, für ihn – so ist seinem 1.500-seitigen Pamphlet aus dem Internet zu entnehmen – existieren Frauen nur in drei Rollen: Nonne, Prostituierte oder Mutter. Dieses durchaus auch in biblischer Anlehnung verstandene Macho-Bild des anderen Geschlechts – "Heilige oder Hure" – beruht auch auf seiner Persönlichkeitsentwicklung.

Ohne von den Psychologen des Osloer

Polizeipräsidiums befragt worden zu sein, gibt er Antworten schon vor der Tat im Internet: Er habe keine feste Beziehung, habe einmal Geschlechtsverkehr in Prag gehabt und plane einen weiteren. Der Kontakt zum anderen Geschlecht als militärisch-logistisch vorbereitete Operation? Das alles steht zutiefst im Widerspruch zur liberalen norwegischen Gesellschaft und natürlich auch zum Jugendcamp der sozialdemokratischen Regierungspartei.

Eine politische Verortung nach links oder rechts, auch am extremistischen Rand, eignet sich zur Analyse möglichen Gefahrenpotenzials nur mangelhaft. Der "Einsame-Wolf-Terrorismus", der keinen Kontakt zu terroristischen Organisationen unterhält, sondern als Individualtäter im Verborgenen seine Tat vorbereitet, ist die Herausforderung für die Sicherheit.

Eine Ausrichtung des möglichen Profilings sowohl im Internet wie im sozialen Umfeld potenzieller Täter darf sich dabei allerdings weder nach links noch nach rechts versteifen, denn es gibt ein Grundgefühl, das sich dort wie Kaffeesatz sammelt, nämlich der Eindruck trotz aller gleichen Rechte Verlierer zu sein.

Dass dies im Moment vorwiegend ein Phänomen im politischen Umfeld von Rechtsradikalität ist, bleibt dennoch festzuhalten. Aber auch Oskar Lafontaine bediente schon mal gern das Ausländerklischee, um bei "Verlierern" zu punkten.

## Europas Kampf gegen die Einzeltäter

(BS) Nach den Attentaten in Norwegen will sich Europa stärker im Kampf gegen derartige Täter rüsten. Hierbei soll vor allem die europäische Polizeiagentur Europol eine entscheidende Rolle spielen. Dies vereinbarten Tereorexperten der Europäischen Union in Brüssel gut eine Woche nach den Ereignissen in Norwegen.

Bereits kurz nach den Attentaten hatte Europol eine Task Force eingesetzt. Eine Expertengruppe soll die Attentate in Norwegen analysieren und klären, ob es in den



umfangreichen Datenbeständen und Analysen von Europol auch Erkenntnisse über

mögliche ähnliche Täter wie Anders Behring Breivik gibt.

## Nicht nur Terroristen verüben Anschläge

(BS) Die Unruhen in der arabischen Welt, die neue Struktur Al Qaidas nach dem Tod von Osama bin Laden sowie die zunehmende Präsenz salafistischer Hassprediger halten auch die Sicherheitsbehörden in Deutschland in Atem. Die terroristische Bedrohung ist ständig da.

Die Gefahr von Anschlägen und Massentötungen lauert aber nicht nur bei islamistischen Organisationen, wie die Attentate von Norwegen deutlich zeigen. Auch von anderen Seiten droht sie. Eine Auswahl verschiedener Beispiele zeigt dass die Anschläge von Norwegen keinesfalls einmalig sind und auch längst Deutschland erreicht haben.

### Amokläufe und Massenmorde

**60er Jahre:** In den späten 60er und frühen 70er Jahren begeht die Manson-Family, eine satanistisch-rassistische Sekte in Südkalifornien eine Serie von mehreren Morden, die auch als kollektiver Amoklauf bezeichnet wird. Sieben Morde sind inzwischen

aufgeklärt worden, bei bis zu sechs ungeklärten Morden gilt die Family als verdächtig. Die tatsächliche Opferzahl ist jedoch bis heute ungewiss. Mehrfach erhärteten sich Erkenntnisse über Massengräber in der kalifornischen Wüste. Bislang konnten diese jedoch nicht bestätigt werden.

**Juli 1984:** In einem kalifornischen Restaurant erschießt ein Mann wahllos 21 Menschen und wird anschließend von einem Polizisten getötet.

**März 1993:** Die amerikanische Behörde für Alkohol, Tabak und Feuerwaffen (ATF) durchsucht nach Berichten über den sexuellen Missbrauch von Kindern das Hauptquartier der sogenannten Davidianer-Sekte im texanischen Waco. In dessen Folge kommt es zu einem Schusswechsel, bei dem sechs Agenten der ATF sterben. Im Anschluss daran wird das Gebäude 51 Tage lang durch das FBI belagert.

Letztendlich sterben bei Schusswechseln, durch Selbstmord und in Folge eines Brandes insgesamt 82 Angehörige der Sekte, da-

runter auch deren Anführer David Koresh.

**September 1995:** In Frankreich tötet ein 16-jähriger insgesamt 13 Menschen und anschließend sich selbst.

**April 1996:** Auf der australischen Insel Tasmanien tötet ein wohl geistig verwirrter Täter 35 Menschen.

**April 1999:** Im amerikanischen Littleton / Colorado ermorden zwei Jugendliche zwölf Schüler und einen Lehrer.

**April 2002:** Am Gutenberg-Gymnasium in Erfurt tötet Robert Steinhäuser 12 Lehrer, eine Sekretärin, zwei Schüler und einen Polizisten. Der Attentäter begeht Selbstmord.

**März 2009:** In Winnenden tötet Tim Kretschmer an der Albertville-Realschule und in deren näherer Umgebung zuerst 15 Menschen, später sich selbst.

**September 2010:** Sabine R., eine Rechtsanwältin und Sportschützin, tötet in Lörach ihren Sohn und ihren Ex-Mann, ersticht einen Pfleger und schießt zwei Passanten an. Sie selbst wird durch einen Polizisten erschossen..

## Behörden Spiegel Stichworte: Amok und Massenmorde

(BS) Der Begriff "**Amok**", möglicherweise abgeleitet von dem malaiischen Begriff "amuk" mit der Bedeutung "wütend" oder "rasend", bezeichnet eine plötzliche, willkürliche, nicht provozierte Gewalttatte mit mörderischem oder zumindest erheblich zerstörerischem Verhalten. Danach treten Erinnerungslosigkeit und Erschöpfung, häufig auch der Umschlag in eine selbst-zerstörerische Reaktion mit Verstümmelung oder Selbsttötung auf.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO definiert Amok auch als eine willkürliche, anscheinend nicht provozierte Episode mörderischen oder erheblich (fremd-)zerstörerischen Verhaltens.

Als **Massenmorde** oder Massentötungen werden dagegen Tötungsdelikte an mehreren Personen bezeichnet, die sich nicht zwingend innerhalb eines kurzen

Zeitraumes abspielen. Inzwischen hat sich für schulbezogene Amoktaten auch der Begriff "**School Shooting**" durchgesetzt. Dieser bezeichnet Tötungen und Tötungsversuche in einer schulischen Einrichtung. Die Täter weisen dabei einen direkten Bezug zu dieser Einrichtung auf. Dieser kann sich in der Wahl der Opfer, insbesondere auch nach ihrer Funktion in der entsprechenden Bildungseinrichtung äußern.

Sowohl Amok als auch Massentötungen sind keine Phänomene des 21. Jahrhunderts noch auf bestimmte Kulturkreise begrenzt. Daher lassen sich die verschiedenen Formen, Hintergründe und Entwicklungen sowohl der Taten, Täter und Handlungen schwer zusammenfassend definieren. Charakteristisch, und gegenüber anderen Taten abgrenzend, ist der phasenartige Ablauf der Handlung.

## Vorsicht Nachahmer

(BS) Der Attentäter von Norwegen zeichnet sich vor allem durch seine akribische Dokumentation und Veröffentlichung im Internet aus.

Daher warnt Alexander Eisvogel, Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), vor Nachahmern. Die Nachlesbarkeit der genauen Vorbereitung und Durchführung bereite den deutschen Sicherheitsbehörden Sorgen.

Eisvogel sieht in Breivik keinen im bisherigen Sinne ausländerfeindlichen oder rassistischen Attentäter, sondern einen kulturalistisch und ideologisch Argumentierenden. Gerade Breiviks vermischte Ideologie aus Mystifizierung der Tempelritter und Islamhass unter gleichzeitiger expliziter Ablehnung nationalsozialistischen Gedankenguts sei für deutsche Rechtsextremisten schwer verdaulich. Dennoch könnte der Norweger zum Vorbild militanter Islamgegnern werden.

## Dimensionen einer Amoklage: Konsequenz aus Winnenden

(BS) "Nichts ist mehr so, wie es einmal war" beschreibt Joachim Lautensack, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) Baden-Württemberg, die Erfahrungen der Polizei nach dem Amoklauf von Winnenden. Dessen Bilanz: 16 Tote, 15 Schwerverletzte. Die Analysen des Einsatzes führten in ihrer Konsequenz zu 39 Handlungsempfehlungen und einem 880 Seiten starken Bericht.

Kurz vor dem Amoklauf hatte die Polizei in Baden-Württemberg ihre strategische Handlungsweise für Amoklagen umgestellt. Zum Tatzeitpunkt fanden sich zufällig rund 1.000 Polizisten aufgrund einer Übung und einer Personalversammlung unmittelbar in der Nähe des Tatortes. Aber nicht nur dadurch wurde der Einsatz in Winnenden anders.

"Ein Amok läuft normalerweise stationär ab. Hier in Winnenden ist der Täter aber geflüchtet und betrieb eine zweistündige Irrfahrt. Das machte den Einsatz umso schwieriger", so Lautensack. Die besondere Schwierigkeit bestand zunächst in der unklaren Informationslage vor Ort und in der Identifizierung des Täters. "Letztendlich waren alle Täterbeschreibungen falsch", so Lautensack weiter.

Ein erhebliches Problem stellte auch der Tatorrtourismus dar, der zu erheblichen Ein-

schränkungen führte.

Es galt zusätzlich, die Rettungswege und Einsatzwege freizuhalten. Zudem war das Handynetz zusammengebrochen. In der Konsequenz nach Winnenden wurde in Baden-Württemberg die Einsatzkonzeption AMOK geändert. Die Einsatzteams bestehen nun aus drei Personen in Persönlicher Schutzausrüstung (PSA). Diese üben das taktische Vorgehen mit Unterstützung von Simulation und der Verwendung von Farbpistolen.

"Im ersten Moment geht die Polizei nur gegen den Störer. Es geht hierbei um die sofortige Intervention des Amoklaufs. Eine Vorsorge gegen Amokläufe ist generell notwendig. Viel wichtiger ist aber die Personalverfügbarkeit, die für die Intervention gebraucht wird", so Lautensack im Rahmen



*Baden-Württemberg hat u.a. auch mit der Beschaffung einer neuen persönlichen Schutzausrüstung Konsequenzen aus dem Amoklauf von Winnenden gezogen.*

*Foto: BS/Innenministerium Baden-Württemberg*

eines Sicherheitskongresses 2011 in Leipzig. Als weitere Konsequenz hat Baden-Württemberg in der Folge eine neue Schutzausrüstung beschafft, die unter anderem ballistische Schutzhelme, Nacken und Tiefenschutz umfasst.

## NPD: Verbotprüfung

(BS) Das BMI bestätigte seine Teilnahme an einer Arbeitsgruppe der B-Länder zur Prüfung der Verbotsmöglichkeit der rechtsradikalen NPD. Besonders die konservativen Innenminister aus Bayern, Hessen und Niedersachsen hatten bereits im Juni auf der Frankfurter Innenministerkonferenz (IMK) ein Verbotverfahren erneut diskutiert.

Zurückhaltung zeigten jedoch bei der IMK nicht nur die SPD-Innenminister und -senatoren, denn selbst ein mittelschwerer Eingriff, nämlich die Kappung der Parteifinanzierung mit Blick auf eine zu erreichende Schwächung der NPD, sei in einem Gutach-

ten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages als kritisch gesehen worden. Zu den größten politischen Niederlagen Otto Schilys als Innenminister gehörte seinerzeit das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht. An den maßgeblichen Gründen für die Ablehnung des Verbotes hat sich allerdings wenig geändert, nach wie vor sitzen V-Leute in den wichtigen Parteigremien. Ihre Aussagen lehnte das Verfassungsgericht als Beweismittel seinerzeit rundweg ab. Zudem müsste eine Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag das Verbotverfahren tragen, das sieht Berlins

Innensenator Dr. Ehrhart Körting sich nicht abzeichnen. Innerhalb der IMK herrscht zu dieser Frage kein Konsens.

Die Teilnahme eines Vertreters des BMI an der durch die CDU-geführten Bundesländer eingerichteten Arbeitsgruppe zum Thema NPD-Verbot, will Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich nicht so verstanden wissen, dass seine Vorbehalte Bedenken in Bezug auf ein Verbotverfahren ausgeräumt seien, hieß es am letzten Freitag. Mit Blick auf das europäische Ausland, nicht nur Norwegen, zeigt zudem, wie übersichtlich derzeit der rechte politische Rand in Deutschland ist.

## Man muss die Gefahr zuerst kennen

(BS) Der Behörden Spiegel sprach mit Wolfgang Bosbach, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages über die Attentate von Norwegen und deren Folgen in Deutschland.

**Gibt es politische Konsequenzen, die nach der schrecklichen Tat von Oslo aus Ihrer Sicht zu ziehen sind?**

Nicht für den Gesetzgeber unmittelbar, aber für alle Sicherheitsbehörden und die Dienste. Vordringlich ist die Klärung der Frage, ob es im Vorfeld der mörderischen Anschläge auch Kontakte zu Personen oder Stellen in Deutschland gab, ob es diesbezüglich irgendwelche konkreten Spuren gibt.

Auch müssen wir die Recherchen im Netz noch weiter intensivieren. Das www ist zwar ein phantastisches Mittel für weltweite Kommunikation und Information, aber es ist eben auch immer öfter Tatort und nicht zuletzt eine beliebte Plattform auch für die Verbreitung extremer Ansichten und Ideologien.

**Lassen sich solche Taten, vermutlich von Einzeltätern, verhindern? Mit welchen Mitteln könnte dies geschehen?**

Eine legitime Frage. Sie wurde auch gestellt nach der Ermordung der beiden amerikanischen Soldaten auf dem Flughafen Frankfurt/Main am 2. März 2011. Auch dies



Wolfgang Bosbach, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages. Foto: BS/Einhaus

war ein Anschlag aus dem Nichts heraus. Der Täter war den Sicherheitsbehörden zuvor nie als potentieller Terrorist aufgefallen. Solche Taten lassen sich leider nicht mit letzter Gewissheit ausschließen.

Aber es ist schon erstaunlich, dass der Täter seine Attentate über Jahre hinweg akribisch planen konnte, ohne den Sicherheitsbehörden dabei aufzufallen. Umso wichtiger ist eine gründliche Beobachtung der gesamten extremistischen Szene. Denn bevor man eine Gefahr abwehren kann,

muss man wissen, dass es überhaupt eine gibt!

**Wie groß sind die Gefahren für Taten von Nachahmern in Deutschland?**

Noch liegen uns keine Erkenntnisse vor, dass ähnliche Taten auch bei uns geplant sein könnten.

Aber aus leidvoller Erfahrung wissen wir, dass es immer möglich ist, dass sich Nachahmungstäter von solchen Taten beeinflussen lassen.

**Häufig wird die Berichterstattung bei solch schrecklichen ereignissen kritisiert. So gesehen in Norwegen. Wie sehen Sie das hierzulande?**

Die äußerst umfangreiche Berichterstattung über das Tatgeschehen selber, das Schicksal der Opfer und ihrer Angehörigen sowie die Folgen für Staat und Gesellschaft war angemessen. Sehr sachlich und gelegentlich sogar beeindruckend sensibel. Aber musste man wirklich der Person des Täters und seinen wirren Phantasien so viel Aufmerksamkeit und Raum widmen?

Musste er wirklich x-mal großformatig abgelichtet werden? Hätte nicht ein kleines Bild genügt? Was mögen insbesondere die Hinterbliebenen der Opfer über diese großformatige Berichterstattung über den Täter gedacht haben?

## Österreich: Deutsche Erkenntnisse übernommen

(BS) Österreich hat bislang keine eigenen Erfahrungen mit Terroranschlägen, Amokläufern oder Attentätern gemacht. Dennoch hat man auch dort Konsequenzen und Erkenntnisse aus den Anschlägen der Nachbarländer, vor allem Deutschland, gezogen und die Einsatzstrategie für Geiselnahmen oder Amokläufer angepasst.

Im Vordergrund stehe dabei der Ersteinerschreitende, wie Richard Benda, Präsident der Vereinigung Kriminaldienst Österreich

(VKÖ), gegenüber dem Behörden Spiegel erläutert. Es gelte sofort gegen die Person vorzugehen, um weitere Taten und möglicherweise Tote zu verhindern. Nach deutschem Vorbild wurde innerhalb der österreichischen Polizei auch eine Fortbildungsmaßnahme für Amoklagen eingeführt.

Mit dem Einsatzkommando (EKO) Cobra verfügt Österreich über eine aus rund 450 Personen bestehende Spezialeinheit,

die der Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit beim Bundesministerium für Inneres direkt unterstellt ist. Hauptsitz und Trainingseinrichtungen der Einheit sind in der Wiener Neustadt.

Das Bundesministerium für Inneres garantiert, dass diese Spezialeinheit für Terror, Geiselnahmen und Schwerstkriminalität innerhalb von spätestens 45 Minuten an jedem Ort in Österreich zum Einsatz kommen kann.

## 17,5 Mio. Euro Bußgeld wegen Feuerwehdrehleitern

(BS) Das Bundeskartellamt hat gegen die Iveco Magirus Brandschutztechnik GmbH in Ulm ein Bußgeld in Höhe von 17,5 Mio. Euro wegen Absprachen bei der Herstellung von Feuerwehrfahrzeugen mit Drehleitern verhängt. An der Absprache war neben Iveco auch die Metz Aerials GmbH & Co. KG, Karlsruhe, beteiligt, die zur österreichischen Rosenbauer Gruppe gehört. Gegen Rosenbauer wurde keine Geldbuße verhängt, da das Unternehmen das Kartell im Jahr 2010 mit einem sog. "Bonusantrag" beim Bundeskartellamt angezeigt hatte. Das Bundeskartellamt hatte im Mai 2010 eine Durchsuchungsaktion durchgeführt. Das Verfahren gegen die beteiligten Vertriebsleiter und Geschäftsführer wurde zum Zwecke einer strafrechtlichen Prüfung an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben.

Der Präsident des Bundeskartellamtes, An-

dreas Mundt: "Es sind nicht nur Absprachen über Preise, die große volkswirtschaftliche Schäden verursachen. Wenn sogenannte Wettbewerber Aufträge einvernehmlich untereinander aufteilen, wird das System der öffentlichen Ausschreibungen der Kommunen ausgehebelt. Es kommt dann nicht mehr der beste und wirtschaftlichste Anbieter zum Zuge, sondern derjenige, der nach der Absprache der Hersteller gerade dran ist."

Die Kartellabsprache betraf die Herstellung von Feuerwehrfahrzeugen mit Drehleitern in den Jahren 1998 bis November 2007. Auf diesem Markt halten Iveco und Rosenbauer einen gemeinsamen Marktanteil von fast 100 Prozent. Die Vertriebsleiter der Unternehmen hatten sich im Kartellzeitraum regelmäßig getroffen und anhand von Projektlisten eine Marktaufteilung der lau-

fenden Ausschreibungen vorgenommen. Im Ergebnis sollte eine Marktaufteilung in einem Verhältnis 50/50 erreicht werden.

Das Bußgeld ist noch nicht rechtskräftig. Gegen den Bescheid kann Einspruch eingelegt werden, über den das OLG Düsseldorf entscheidet. Allerdings wurde mit dem Unternehmen eine einvernehmliche Verfahrensbeendigung ("Settlement") erreicht, was auch bei der Bemessung des Bußgeldes berücksichtigt wurde. Das Verfahren bzgl. der Absprachen bei Feuerwehdrehleitern ist damit abgeschlossen.

Nicht abgeschlossen ist das Verfahren gegen Iveco wegen Absprachen bei der Herstellung von Feuerwehrlöschfahrzeugen, in welchem die im Februar 2011 ergangenen Bußgeldbescheide gegen die übrigen am Kartell beteiligten Unternehmen mittlerweile rechtskräftig sind.

## Jahresbericht der Niedersächsischen Feuerwehren 2010

(BS) "Der Brandschutz in Niedersachsen ist gesichert und auf die Zukunft ausgerichtet", sagte Innenminister Uwe Schünemann bei der Vorstellung des Jahresberichts der Niedersächsischen Feuerwehren 2010 in Hannover. Er bedankte sich bei allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Brandschützerinnen und Brandschützern für ihre Leistungsstärke und Zuverlässigkeit, mit der sie die Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten.

Nach Angaben Schünemanns ist die Anzahl der Brände im Jahr 2010 um 1 Prozent gestiegen. Drei von vier Bränden sind - wie in den Vorjahren auch - Entstehungs- und Kleinbrände. "Durch unser effektives flächendeckendes Feuerwehrwesen wird so mancher Großbrand bereits in der Entstehungsphase erstickt", betonte der Minister. Die Anzahl der Hilfeleistungen ist um ca. neun Prozent gestiegen. Bis auf die angespannte Hochwasserlage in Osnabrück gab es kein weiteres größeres Naturereignis 2010 in Niedersachsen. Insgesamt ist ein Anstieg der Einsätze gegenüber dem Vorjahr um rund 4,8 Prozent zu verzeichnen



Foto: BS/Paulwip/Pixelio.de

(von 90.636 auf 94.966). Die Zahl der ehrenamtlichen niedersächsischen Brandschützerinnen und Brandschützer ist im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 288 auf insgesamt 126.873 Mitglieder zurückgegangen. Sehr erfreulich ist das steigende Interesse weiblicher Brandschützer. Hier gab es im vergangenen Jahr einen Zuwachs um 573 auf 12.657 Frauen (12.084 im Jahr 2009).

Niedersachsen nimmt mit einem Frauenanteil von rund zehn Prozent eine Vorreiterrolle im Vergleich zu anderen Bundeslän-

dern ein. Die Feuerwehren möchten Mädchen und Frauen verstärkt für bürgerschaftliches Engagement gewinnen. Langfristig streben Innenministerium und Landesfeuerwehrverband an, den jetzigen Mitgliederstand der Feuerwehrfrauen im aktiven Dienst zu verdoppeln.

Auch im Bereich der Kinderfeuerwehren gibt es eine positive Entwicklung. Im letzten Jahr ist die Anzahl der Kinder in den 377 Kinderfeuerwehren um 1.952 Mädchen und Jungen auf 5.957 gestiegen.

Der rasante Anstieg der Kinderfeuerwehren um gut ein Drittel von 272 in 2009 auf 377 im Jahr 2010 unterstreicht eindrucksvoll, dass alle Anstrengungen von den Trägern des Brandschutzes unternommen werden, um den Nachwuchs der niedersächsischen Feuerwehren nachhaltig zu sichern, so Schünemann.

Bei den Jugendlichen gab es allerdings einen leichten Rückgang von 197 auf insgesamt 31.760 Aktive in 1.952 Jugendfeuerwehren.



## 7. Europäischer Bevölkerungs- und Katastrophenschutzkongress



*2011: Bevölkerungsschutz 2.0 – Interaktion von Mensch und Technik*

*28.-29. September 2011 – Stadthalle Bonn Bad Godesberg*

*[www.disaster-management.eu](http://www.disaster-management.eu)*

Veranstalter:



**Technisches  
Hilfswerk**

**Behörden Spiegel**

Mit Unterstützung:



EU-Kommission

### Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von "Behörden Spiegel Newsletter Netzwerk Sicherheit" und verantwortlich: R. Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Patricia B. Linnertz. Redaktion: Benjamin Bauer, Hartmut Bühl (Brüssel), Franz Drey, Julian Einhaus, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Carsten Köppl, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Joachim Wagner. Redaktionsassistentz: Kerstin Marmulla (Bonn), Sonja Bechthold (Berlin). ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Am Buschhof 8, 53227 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75, E-Mail: [redaktion@behoerderspiegel.de](mailto:redaktion@behoerderspiegel.de); [www.behoerderspiegel.de](http://www.behoerderspiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Vorsitz Herausgeber- und Programmbeirat: Dr. August Hanning, Staatssekretär a.D.; Reimar Scherz, BrigGen. a.D. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Netzwerk Sicherheit". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.